

Reise ins politische Berlin im April 2014

Zum zweiten Mal nach 2011 bin ich nach Berlin gekommen um mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages über die Themen „Afghanistan“ und „Wirtschaftliche und politische Entwicklung am Horn von Afrika“ zu sprechen. Wobei es nicht ganz einfach war, Termine zu erhalten. Bei Interview-Anfragen an Fraktionen als Buchautor werden diese Anfragen an das Fraktionsmitglied weitergeleitet, welches als zuständiger Sprecher (oder stellv. Sprecher) der Fachausschüsse fungiert. Dann erhält man von einem der Beiden einen Interview-Termin. Klappt dies aus Zeitgründen nicht, so kann es als Alternative auch ein telefonisches Gespräch mit dem jeweiligen Büroleiter geben. Zumindest theoretisch.

Das Büro von Peer Steinbrück teilte mir erst auf Nachfrage mit, dass Herr Steinbrück aus Termingründen keine Zeit für ein Interview hat – lässt jener Politiker ausrichten, der öffentlich seinen Rückzug aus der Politik hat verlauten lassen. Auch der Sprecher der SPD-Fraktion des Auswärtigen Ausschusses, Niels Annen, lässt ausrichten er habe keine Zeit. Bei den Grünen ergeht es mir nicht besser, Frau Claudia Roth, zuständig für den Ausschuss „wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ lässt mich negativ informieren, ebenso Annette Schavan von der CDU. Bürgernähe der Politik sieht irgendwie anders aus.

Letztendlich erhalte ich drei Termine, zwei bei CDU-Abgeordnete und einen bei der Linken. Mein erster Termin ist der Sprecher der Unionsfraktion zum Thema Afghanistan. Ich beginne das Interview mit der Frage ob es für Afghanistan ein Kriegsverbrechertribunal geben wird um die Warlords abzuurteilen, wie man das mit den Tätern des Jugoslawienkrieges oder beim Ruanda-Massaker 1994 gemacht hat. Die klare Antwort des Abgeordneten ist NEIN – es fehlt wohl gänzlich der politische Wille, da besonders die Amerikaner bevorzugt mit diesem Personenkreis zusammen arbeiten.

Halten wir einmal fest:

- Abdul Rasul Sayyaf, ein unbarmherziger Wahhabit und besonders aus Saudi-Arabien unterstützt, hat als Parlamentarier im afghanischen Parlament die Ernennung von mehr als 126 radikalen Mullahs als Richter durchgesetzt, welche Scharia-Recht sprechen. Seine Milizen, mehrere tausend Mann stark, werden als zu mächtig erachtet als dass man den Zorn dieser Totschläger riskieren möchte.
- Atta Mohamed Noor, Gouverneur im deutschen Norden, verkauft freies Geleit an Taliban, ist im Drogenhandel verstrickt, verkauft Polizeipositionen für mehrere tausend Dollar an alle möglichen Gauner und bleibt trotzdem ein geachteter Gesprächspartner der deutschen politischen Führungselite.
- Auch Hamid Karzai, der wissentlich fast nur Warlords zu Gouverneuren ernannte, der von ISAF-Truppen Festgenommene gegen Zahlung von Bestechungsgelder laufen lässt, auch er braucht keine Strafverfolgung fürchten.

Die Liste der Kriminellen, mit welche Deutschland, die EU und die ISAF am Hindukusch zusammen arbeitet, ist lang, erschreckend lang. Sie alle verrichten ihre Werke also mit der ausdrücklichen Duldung westlicher Spitzenpolitiker, man akzeptiert das Recht des Stärkeren. Kaum zu glauben dass man sich von Seiten der Bundesrepublik dem Völkerrecht verschrieben hat. Man erklärt mir stattdessen, dass Afghanen und Pakistani ihre Probleme selber lösen müssen, wir können höchstens Hilfestellung geben, wenn dies gewünscht ist. Nichts desto trotz möchte Deutschland, laut des Abgeordneten, am Hindukusch bleiben und am Staatsaufbau mit weiter wirken. Erstaunlich was die deutschen Politiker schon wenige Monate später im Angesichte der Krise in der Ukraine von sich gaben.



Das Hotel Adlon in Berlin, nicht nur eines der berühmtesten Hotels Berlins, sondern auch eines der konspirativsten. Am 9. Januar 2012 traf sich hier der US-Kongressabgeordnete und Vorsitzende des Kongress-Unterausschusses für Europa und Asien, Dana Rohrabacher, zusammen mit drei weiteren US-Kongressabgeordneten, um sich mit vier afghanischen Politikern (und Warlords) zu treffen. Hauptthema des Treffens waren die weiteren Geschehnisse am Hindukusch zu besprechen. Auf afghanischer Seite war unter anderem General Dostum daran beteiligt, den Menschenrechtsorganisationen die Beteiligung an mindestens drei Massakern vorwerfen. Ferner war der Warlord Hadji Mohammed Mohaqiq an den Gesprächen beteiligt, ebenso wie Ziah Shah Massoud, der jüngere Bruder von Ahmed Shah Massoud. Britische Medien wie die BBC werfen Ziah Shah Massoud die Unterschlagung von etwa 52 Millionen US-Dollar im Amt als ehemaliger Vizepräsident Afghanistans vor.

Während Kongressmann Dana Rohrabacher über das Treffen ausführlich auf seiner Homepage berichtete, nahm die deutsche Medienlandschaft das Treffen nur sekundärer, knapp und zeitversetzt wahr.



Schloss Bellevue in Berlin

Wichtiger für die Medien war seinerzeit die „Affäre Christian Wulf“ um die angebliche Bestechlichkeit des Bundespräsidenten. Eine Affäre, welche nach Meinung mancher Journalisten wie Heribert Brantl (Chefredakteur „Innenpolitik“ der Süddeutschen Zeitung) von Teilen der (Sensations)Presse selbst losgetreten wurde. Während ganz Deutschland noch das Interview von ARD und ZDF mit Christian Wulf vom 4. Januar 2012 diskutierte, war es für die Allermeisten uninteressant, was nur 2000 Meter weiter östlich im Hotel Adlon geschah.

Christian Wulf trat aufgrund des großen Drucks der Medien und Öffentlichkeit als Bundespräsident am 17. Februar 2012 zurück. Er musste sich schließlich wegen einer Summe 723 Euro (!!) vor Gericht verantworten. Das Gericht in Hannover entschied am 27 Februar 2014, dass die Vorwürfe haltlos seien und entschied auf Freispruch.



Blick auf das Bundeskanzleramt im April 2014

Bei diesem Anblick wird man unwillkürlich an die NSA-Spionageaffäre erinnert. Im August 2013 erklärte Ronald Profalla die NSA-Affäre öffentlich für beendet, obwohl bisher offensichtlich Millionen Bundesbürger ausspioniert wurden. Erst als bekannt wurde, dass auch das Handy der Kanzlerin abgehört wurde, wandelte sich das Desinteresse der deutschen Regierung in Entrüstung. Und unser Bundesnachrichtendienst will von einer millionenfachen Abhörung nichts gewusst haben?

Erinnern wir uns: Im Jahre 2002 wurde vor Gericht der „Fall Kohl“ verhandelt. Es ging um die Veröffentlichung der Stasi-Unterlagen von Helmut Kohl. Seit Ende der 1970er Jahre hatte die Stasi Telefonate von Helmut Kohl abgehört. Auch hier hat der Bundesnachrichtendienst offiziell nichts davon gewusst. Ein merkwürdiger Geheimdienst, der von nichts eine Ahnung hat....



Vorder- und Rückseite des Paul-Löbe-Haus, eines der Berliner Bürogebäude für Abgeordnete des Bundestages. Die Sicherheitsvorkehrungen sind streng, aber meiner Ansicht nach auch angemessen. Meines Wissens wird das Gebäude bei politischen Sendungen fast immer nur von außen gezeigt. Der Durchschnittsbürger wäre wohl erstaunt über die kahlen Betonwände im Inneren, die jeglichen Schmuck vermissen. Nachdem man das Haus durch die Sicherheitsschleuse betreten hat, ist der Blick frei auf eine große Innenhalle. Dies ist aber auch das einzige Grandiose des Gebäudes, welches sonst eher den Eindruck eines unfertigen Rohbaus vermittelt. Auf Anfrage erklärt man mir dass die Architektur den „Motor der Republik“ darstellt. Nun, man muss wohl sehr lange studiert haben, um das so sehen zu können.

Mein Gespräch mit dem Sprecher der Fraktion der Linken findet dann im Abgeordneten-Bürogebäude in der „Straße Unter den Linden“ statt. Das Gebäude kenne ich von einem früheren Interview mit einem anderen Abgeordneten. Das Büro meines Gesprächspartners befindet sich in einem oberen Stockwerk und ermöglicht dank der Panoramafenster einen überwältigenden Ausblick – fast zu schade um Politik zu machen.

Wie geht man in Europa mit Landraub in Afrika um, will ich wissen. Nun, die Antwort kommt prompt „Landraub muss international geächtet werden“, so die sinngemäße Antwort. Schöne Worte finde ich – doch wie soll das gehen, wo es Länder wie Äthiopien gibt, in denen der Bauer von Gesetz wegen kein Landeigentum hat, sondern nur Pächter des Staates ist. Alle Vorstöße in diese Richtung würde man von Seiten Äthiopiens (zu Recht) als Einmischung in innere Angelegenheiten empfinden. Im weiteren Gespräch stellt der Abgeordnete die Position klar, welche man durchaus akzeptieren könnte. Sinngemäß führt er aus, dass besonders China und Saudi-Arabien für Landverpachtungen sehr günstige Konditionen für Entwicklungsländer bieten, gleichzeitig sind diese Länder aber nicht an Menschenrechte und „Good Government“ interessiert. Auch das westliche System der Ratingagenturen ist ein Problem, da sich nach deren Ratings die Zinsen der internationalen Geldgeber richten und die jedes Entwicklungsland bezahlen muss wenn es Kapital für Eigeninvestitionen zur Landesentwicklung benötigt. Wirtschaftliches Wachstum ist so unabdingbar um die Ratings positiv zu beeinflussen. Hat ein Land keine Ressourcen, muss es eben (Acker)Land verpachten. Eine der weiteren Zentralforderungen war dass der Import von Biopflanzen bzw. deren Produkte für Biosprit und Futtermittel endlich gestoppt werden muss.

Nun, dass alles war nicht gerade neu, da viele unpolitische Menschenrechtsorganisationen ähnliche Standpunkte vertreten.

Mein letztes Gespräch ist bei einem Sprecher der Union. Ob es denn gerechtfertigt sei, dass Deutschland jährlich über 6 Milliarden Euro in die Entwicklungshilfe investiert, wenn bei uns Autobahnen, Schulen, Kindergärten und Universitäten einen Milliarden großen Investitionsrückstand haben, will ich von dem Abgeordneten wissen. Sein Standpunkt ist klar: „Ohne die Entwicklungsländer werden wir das Klima nicht retten können oder die Klimaerwärmung nicht begrenzen können“. Des Weiteren führt er aus, dass „Bildung in den Entwicklungsländern wichtig ist, ebenso wie die Erschließung der Infrastruktur zur wirtschaftlichen Entwicklung und die Produktion von (alternativer) Energie. Wir können den Ländern aber nicht vorschreiben was zu tun ist, sondern nur beraten und ihre Fähigkeiten ertüchtigen. Das Budget stellt also eine Investition in die Zukunft dar“, so sinngemäß der Abgeordnete

Die berichteten Gespräche mit den Abgeordneten gebe ich nur in Auszügen wieder. Auch sind die Aussagen nur sinngemäß dargestellt und keinesfalls als wörtliche Zitate zu verstehen.



An meinem letzten Tag in Berlin komme ich wieder zum Bundeskanzleramt, als dort gerade eine Demonstration stattfindet. Man demonstriert gegen die Deckelung der Windenergie und fordert stattdessen eine Deckelung des Kohle- und Atomstroms. Feindbild ist der „Kohlosaurier“, da Kohle als sehr umweltschädliche Art und Weise angesehen wird, Energie zu erzeugen.

Eine Demokratie lebt davon, dass es möglich ist frei seine Meinung sagen zu können. Eine Erkenntnis, welche sich bei vielen Unternehmern und Managern erst noch durchsetzen muss. Negative Äußerungen zum Unternehmen werden auch schon einmal mit Kündigung geahndet.

Eine etwas satirische Frage. Was ist der Unterschied zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft?

- Im Kommunismus darf man über den Betrieb schimpfen, über die Politik hat man den Mund zu halten.
- In der Marktwirtschaft darf man über die Politik schimpfen, über den Betrieb hat man den Mund zu halten.